

SPARTAKIST



HERAUSGEGEBEN VON DER TROZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS

Nr. 43

APRIL 1982

DM 1,-

Verteidigt DDR und Sowjetunion!

Für revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands!

„Wir leben in einer Vorkriegs- und nicht in einer Nachkriegswelt“, erklärte Eugene V. Rostow. Als Ronald Reagans Spezialist für „Waffenkontrolle“ müßte er es eigentlich wissen, denn er ist an der Planung des nächsten Krieges beteiligt. Sein Chef spricht offen von einem „begrenzten nuklearen Schlagabtausch auf dem mitteleuropäischen Schauplatz“, während General Haig darüber spekuliert, zur „Demonstration“ eine Atom-bombe über der Ostsee zu zünden, um die

„Linker“ Nationalismus für Vaterland und Deutsche Bank

Sowjets einzuschüchtern. Aber es sind die Verbündeten Amerikas in der NATO, nicht Breschnjew, die dabei mit den Zähnen klappern. Sie haben guten Grund, sich Sorgen zu machen. Die Kalten Krieger in Washington tun so, als könnten sie überall den dritten Weltkrieg entfesseln: eine Blockade über Kuba verhängen, einen israelischen Angriff auf Syrien unterstützen, Südafrika bei der Invasion Angolas den Rücken stärken oder China anstacheln, es wieder mit einer „blutigen Lektion“ für Vietnam zu versuchen.

Angesichts des US-Imperialismus, der die Sowjetunion an allen Enden der Welt provoziert, spüren die Europäer den Schatten des Krieges und befürchten, daß er hauptsächlich, wenn nicht ausschließlich, in ihren Heimatländern ausgetragen wird. „Euroshima“ und „Schlachtfeld Deutschland“ heißen die Gespenster, die jetzt in Westeuropa umgehen. In den vergangenen Monaten sind von London bis Rom über eine Million Menschen gegen die von der NATO geplante Aufstellung neuer Nuklearwaffen mittlerer Reichweite auf die Straße gegangen. Aber diese Proteste waren nicht gegen die anti-sowjetische Kriegshetze als solche gerichtet. Und ihre Zielscheibe war auch nicht einfach das Pentagon. Der Führer der Kampagne für Europäische Nukleare Abrüstung, E. P. Thompson, hat sich bemüht, die Losung für ein atomwaffenfreies Europa „von Portugal bis Polen“ zu popularisieren. Mehr noch als das pazifistische „Atomtod, nein danke!“ war europazentrierter Nationalismus das beherrschende Thema.

Die Anti-Euroshima-Demonstranten sind keineswegs eine radikale Randgruppe ohne



Frankfurt, 13. März. TLD-Block auf El Salvador-Demonstration: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“

Verbindung zur schweigenden Mehrheit. Umfragen zeigen, daß mehr als die Hälfte der britischen, niederländischen und belgischen Bevölkerung gegen die Aufstellung von Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa ist. In der westdeutschen Sozialdemokratie ist die Opposition gegen die neuen Euroraketen der NATO so stark, daß Kanzler Helmut Schmidt mit seinem Rücktritt gedroht hat, falls die Partei seine Zusage zur Installation dieser Raketen ablehnen sollte. Trotz dieser Drohung hat eine Reihe von SPD-Landesbezirkskonferenzen gegen die Stationierung gestimmt. Bei diesem zerrütteten Zustand der SPD könnte Schmidt bald genügend Muße finden, seine Memoiren zu schreiben.

Der kontroverse NATO-„Doppel“-beschluss vom November 1979 (Wiederaufrüstung und Waffenkontrollverhandlungen) hatte zwei Zielsetzungen. Erstens sollte die

neue Generation atomarer Waffen die *Erstschlagskapazität* der Imperialisten erhöhen, da sie Rußland schneller erreichen können als in Amerika aufgestellte Interkontinentalraketen und genauer sind als von U-Booten in europäischen Gewässern abgeschossene Raketen. Zweitens sind sie ein integraler Bestandteil des vom Pentagon bevorzugten Szenarios eines Krieges gegen die Sowjetunion, der ausschließlich in Europa ausgefochten wird. Es ist der zweite, nicht der erste Faktor, der den weitverbreiteten Widerstand gegen die Pershings und Cruise Missiles hervorgerufen hat. Wie Sozialdemokrat Günter Gaus, ein Vertrauter des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, es ausgedrückt hat: „Westdeutschland würde eine amerikanische Provinz in der Bedeutung werden, die der Begriff ‚Provinz‘ im Römischen Reich hatte.“

Dieser „Nationalismus der Linken“ gab bei dem Anti-Raketen-Protestmarsch der

300 000 in Bonn am vergangenen 10. Oktober den Ton an. Erhard Eppler, Mitglied der SPD-Führung, schimpfte gegen die „Weltmächte“ (als ob Westdeutschland keine wäre) und bemerkte: „Natürlich liegt es im amerikanischen Interesse, von europäischem Boden aus die Zentren des europäischen Rußland zu bedrohen...“ Der frühere Westberliner Bürgermeister und evangelische Pastor Heinrich Albertz, ebenfalls ein SPD-„Linker“, stellte sich selbst als „deutscher Patriot“ vor. Unter den gegenwärtigen Umständen, so fuhr er fort, wäre Deutschland „Schießplatz der Supermächte... Und dies im Zustand völliger Abhängigkeit, ohne volle Souveränität, ohne Friedensvertrag, in einem geteilten Land“ (*Frankfurter Rundschau*, 12. Oktober 1981). Diese Stimmung spiegelte sich auch bei den Demonstranten wider, von denen einer den Kommentar abgab: „Wir brauchen einen Grund, um stolz darauf zu sein, daß wir Deutsche sind.“

Europazifismus und europäischer Imperialismus

Bezeichnenderweise war der erste, der heftig dagegen protestierte, daß die USA einen auf den europäischen Kontinent begrenzten Krieg mit Rußland auskämpfen, nicht etwa ein pazifistischer Linker wie E. P. Thompson oder ein sozialdemokratischer Pastor wie Albertz, sondern *Charles de Gaulle*. Vor anderthalb Jahrzehnten fragte der französische Politiker: „Werden die USA Chicago riskieren, um Bonn zu retten?“ Er glaubte es nicht. Daher schuf de Gaulle sein eigenes Atomarsenal, die *Force de frappe*, während er gleichzeitig Moskau zu verstehen gab, daß Frankreich eine von den USA unabhängige Politik verfolgen könnte. Die amerikanisch/sowjetische nukleare Parität in den siebziger Jahren hat diese Tendenz (zum ersten Male vom französischen Gaullismus in den Sechzigern zum Ausdruck gebracht) der europäischen Bourgeoisien, die USA und die UdSSR gegeneinander auszuspielen, weiter verstärkt.

Heute drehen Millionen Europäer de Gaulles Frage um: Werden die USA Bonn opfern, um Chicago zu retten? Sie fürchten, die Antwort lautet ja. Reagans wahnsinnige Provokationen haben zusammen mit den neuen Atomwaffen der NATO eine Massenbewegung von jugendlichen Demonstranten gegen den Krieg hervorgerufen, die zweifel-

Fortgesetzt auf Seite 2

Dresden: „Neutrales Deutschland“ heißt Konterrevolution in der DDR

„Frieden schaffen – ohne Waffen. Das ist herrlich für die Bundesregierung, wenn es in der DDR passiert“, freut sich Egon Bahr im *Vorwärts* (11. März). Die pseudotrotzkistische GIM steht ihren sozialdemokratischen Vorbildern nicht nach und stellt hoffnungsvoll die Frage: „(gesamt)deutsche demokratische Bewegung?“ Doch von Trotzisten verlangt das Übergreifen des nationalistischen Fiebers der „Friedensbewegung“ auf die DDR die bedingungslose Verteidigung der Errungenschaften der Arbeiterstaaten und stellt frontal die Notwendigkeit einer revolutionären Opposition gegen die stalinistische Bürokratie, die das nationalisierte Eigentum und die Planwirtschaft durch ihre Politik der friedlichen Koexistenz unterminiert.

Die Forderungen der fünftausend Jugendlichen, die am 13./14. Februar unter dem Schutzschild der evangelischen Kirche in der Dresdner Kreuzkirche für den „Frieden“ beteten und diskutierten, waren eine fast exakte Widerspiegelung der westdeutschen nationalistischen „Friedensbewegung. Die europazifistische Forderung nach „Frieden schaffen ohne Waffen“ zeigt hier vor allem ihren *antisowjetischen* Charakter, denn sie bedeutet die wehrlose Auslieferung von DDR und Sowjetunion an den Imperialismus. Pfarrer Eppelmann nimmt in seinem Berliner Appell in enger Anlehnung an den Brief Havemanns an Breschnjew den nationalistischen Schlachtruf der Atomraketengegner jenseits der Elbe nach dem Abzug aller „Besatzungstruppen“ auf. Übertragen auf die DDR wird der bürgerliche Charakter der DKP-Volksfrontpolitik, die den Krefelder Appell hervorbrachte, schlagartig klar. Die „liberalen“ Pfaffen – beliebte Bündnispartner der Stalinisten im Westen – machen sich stark für die Entwaffnung der DDR, begleitet von der Propagandakampagne der SPD-freundlichen *Frankfurter Rundschau*.

Die jungen Studenten und Oberschüler, die „Schwerter zu Pflugscharen“ verwandeln wollen, mögen sich nicht alle darüber bewußt sein, aber ein „neutrales“ Deutschland in

einer utopischen „atomwaffenfreien Zone“ zu fordern bedeutet, daß erneut ein imperialistisches Großdeutschland entsteht. Den namhaften Verfechtern der „Neutralität“ in Ost und West ist sehr wohl bewußt, daß die Durchsetzung dieser Forderung den Sieg der inneren Konterrevolution und die Zerstörung der Errungenschaften des deformierten Arbeiterstaats heißen würde: von Albertz, der einen Plan zur Wiedervereinigung Deutschlands entworfen hat, bis zu DDR-Dissident Havemann, der bereit ist, die Wiedervereinigung Deutschlands um den Preis der Aufgabe der „historisch weiter vorangeschrittenen“ DDR in „Kauf zu nehmen“. Worauf die Pfaffen und Sozialdemokraten setzen, ist die Hoffnung auf einen Schacher, um die DDR aus dem Warschauer Pakt zu lösen und durch die Öffnung für Sozialdemokratie und Deutsche Bank eine *kapitalistische* Wiedervereinigung durchzusetzen.

Vor allem in Dissidentenkreisen findet der Berliner Appell, das „Pendant zum Krefelder Appell“, das die klassenmäßig unterschiedlichen sozialen Systeme in der DDR und Westdeutschland gleichsetzt, großen Widerhall. Schon auf der Ost-„Berliner Begegnung zur Friedensförderung“ im Dezember 1981, wo vor allem westdeutsche Schriftsteller wie SPD-Unterstützer Günter Grass und ostdeutsche Literaten darüber diskutierten, wie das „Schlachtfeld Deutschland“ zu verhindern sei, stellte der aus dem DDR-Schriftstellerverband ausgeschlossene Stefan Heym fest: „Die SS 20 ist genauso ungerecht wie die Pershing II“ (*Frankfurter Rundschau*, 16. Dezember 1981). Und der proimperialistische DGB dankt ihm sein Auftreten gegen den Gegenschlag Jaruzelskis – der den konterrevolutionären Griff zur Macht von Solidarność verhinderte – mit einer Einladung zu der antikomunistischen „Friedens“-veranstaltung, zu der die DGB Jugend unter dem Motto: „Solidarität mit allen unterdrückten Völkern, und deshalb auch: Solidarität für Polen“ aufruft.

Die von DDR-Dissidenten angeführte und

von der evangelischen Kirche protegierte konterrevolutionäre „Friedensbewegung“ kann eine einflußreiche Kraft werden, obwohl die protestantische Kirche nicht über die gleiche soziale Kraft wie die katholische Kirche Polens verfügt, die sich auf das Bauerntum stützt. Die DDR ist ein hochindustrialisiertes proletarisches Land. Doch der immer noch starke Einfluß der Sozialdemokratie auf die ostdeutschen Arbeiter könnte zur treibenden Kraft der inneren Konterrevolution werden. Oskar Lafontaine, „linker“ Sprecher des sozialdemokratischen Drangs nach Osten, reiste nach Ostberlin, um dort die Entwaffnung der Arbeiterstaaten zu propagieren. Von Erhard Eppler, der im Vorstand des Evangelischen Kirchenrats sitzt, bis zu Helmut Schmidt gibt es Verbindungen mit der evangelischen Kirche, die zum Transmissionsriemen für die Alternative des „demokratischen Sozialismus“ zum stalinistischen System in der DDR werden können. Wie diese Alternative jedoch aussieht, führt die SPD den ostdeutschen Arbeitern mit ihrer Austeritätspolitik gegen ihre westdeutschen Klassenbrüder vor Augen. Die DDR-Arbeiter werden nicht einfach bereit sein, die Errungenschaften des deformierten Arbeiterstaates für Arbeitslosen-Schlangen wie im Dortmunder Arbeitsamt auch in Dresden und Leipzig aufzugeben.

Solidarność hat wenig Anklang in der DDR gefunden – teilweise aus nationalistischen Gründen – teilweise aus spontaner proletarischer Ablehnung gegen eine klerikal/reaktionäre Bewegung. Aber wir haben geschrieben, daß ein Sieg von Solidarność die *kapitalistische* Wiedervereinigung Deutschlands auf die Tagesordnung gesetzt hätte – und nun sehen wir die ersten Blüten einer konterrevolutionären Bewegung in der DDR, die unter den Fittichen der evangelischen Kirche und über den Einfluß der SPD die gleichen Ziele verfolgt!

Der Stalinismus bereitet den Boden, auf dem kleinbürgerlicher, in der Konsequenz konterrevolutionärer Pazifismus gedeihen

kann. Er ist ein unmittelbares Produkt seiner Ideologie von „Sozialismus in einem Land“, die die Aussöhnung mit dem Imperialismus sucht. Stalin war 1952 sogar bereit, die DDR zu opfern, als er dem Imperialismus ein wiedervereinigtes, „neutrales“ Deutschland anbot. Dresdner „Friedens“-forum: Kinder der friedlichen Koexistenz schlagen zurück. Nicht einmal die Losung „Schwerter zu Pflugscharen“ haben die Entwaffnungsprediger aus der Bibel abschreiben müssen: dieser Spruch steht auf dem Mahnmahl, das die Sowjetunion vor dem UNO-Gebäude in New York errichten ließ.

Trotzkisten kämpfen für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands, der einzigen Alternative zu einem imperialistischen Bollwerk Großdeutschland bzw. einem atomaren Holocaust der NATO: für die soziale Revolution im Westen, für die politische Revolution des Proletariats zum Sturz der Bürokratie im Osten. Ein so vereintes deutsches Proletariat könnte zum Auslöser der Revolution in ganz Europa werden; ein sozialistisches Rätedeutschland wäre das führende industrielle Kernland, das eine sozialistische Planwirtschaft auf dem ganzen Kontinent überhaupt erst ermöglichen und entscheidend fördern würde. Ein vereinigtes Rätedeutschland in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa wird die Hoffnung der Arbeiter vom 17. Juni 1953 erfüllen: Nicht Kapitalismus, sondern Sozialismus!

Dresden ist ein Symbol: Die Zerstörung Dresdens 1945 zeigte wie Auschwitz, Hiroshima und Nagasaki, daß wir den Kapitalismus zerstören müssen, wenn er uns nicht zerstören soll. Der Imperialismus bringt Kriege hervor, solange die Arbeiterklasse nicht weltweit die Macht erobert hat. Die pseudotrotzkistische GIM sagt auf ihrem Weg ins „Dritte Lager“, das immer das Lager des Imperialismus ist: „Dresden war ein neuer Anfang!“ Trotzisten sagen: „Dresden 1945 – nie wieder! Verteidigt DDR und Sowjetunion durch proletarische Weltrevolution!“ ■

Deutschland...

Fortsetzung von Seite 1

los glauben, wenn sie bloß die atomaren Waffen auf eigenem Boden loswürden, dann bliebe ihnen das Schicksal von Euroshima erspart.

Die vorwiegend sozialdemokratische Führung der westeuropäischen „Friedensbewegung“ besteht jedoch nicht aus naiven Pazifisten. Vielmehr sind es erfahrene und ehrgeizige reformistische Politiker, die glauben, die Zukunft ihrer eigenen imperialistischen Staaten liege in der Richtung größerer Unabhängigkeit von den USA. Aber sie haben auch die Rückeroberung Osteuropas im Namen eines antisowjetischen „Neutralismus“ und der „Demokratie“ im Auge. Das ist besonders in Westdeutschland der Fall, wo sie das alte sozialdemokratische Programm eines „wiedervereinigten neutralen Deutschlands“ wiederbelebt haben, einen dürtig versteckten Aufruf zur kapitalistischen Konterrevolution im Sowjetblock.

Angesichts des bestehenden militärischen Kräftegleichgewichts schrecken sozialdemokratische Politiker wie Willy Brandt und Tony Benn vor der nuklearen Konfrontation zurück und versuchen stattdessen, die deformierten Arbeiterstaaten Mittel- und Osteuropas zu unterhöheln, indem sie *innere* konterrevolutionäre Kräfte, wie sie etwa in Polen in und um Solidarność hervortraten, unterstützen. In der Tat ist die Unterstützung der bürgerlich-demokratischen Konterrevolution in Polen ein wichtiger Aspekt der europazifistischen Bewegung. Eppler verkündete am 10. Oktober in Bonn, daß die „Europäisierung Europas“ sowohl am Rhein als auch an der Weichsel stattfindet. Trotz ihrer linken

Töne reflektiert die sozialdemokratisch geführte „Friedensbewegung“ innerimperialistische Interessenkonflikte. Das erklärt ihren nationalistischen – anti-amerikanischen und antisowjetischen – Charakter.

In Westeuropa ist es heute zum Allgemeinplatz für radikale Jugendliche und nüchterne Sozialdemokraten geworden, den *amerikanischen* Militarismus und den *amerikanischen* Imperialismus zu verdammen. Aber Anti-amerikanismus ist *nicht* Antiimperialismus. Denn der bedeutet Kampf gegen die „eigene“ Bourgeoisie und Verteidigung des degenerierten sowjetischen Arbeiterstaates gegen die imperialistische Kriegshetze. Für französische Revolutionäre bedeutet das vor allem Widerstand gegen die *Force de frappe*, die unter dem sozialistischen Kalten Krieger Mitterrand schnell ausgebaut wird. Für deutsche Revolutionäre bedeutet Antiimperialismus Opposition gegen nationalistischen Revanchismus in sozialdemokratischer Färbung. Nur die internationale Spartacist Tendenz hat diese grundlegenden Prinzipien verteidigt, sie forderte bei den „Friedens“-demonstrationen im letzten Herbst: „Nieder mit der NATO! Verteidigt die Sowjetunion!“

Das neue Gesicht des deutschen Nationalismus

General Jaruzelskis Gegenputsch gegen den konterrevolutionären Griff von Solidarność nach der Macht enthüllte und vertiefte den Riß zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Imperialismus. Während Reagan Polen zum heiligen Zweck des neuen antisowjetischen Kreuzzuges machen wollte, bewahrte Bonn eine hartnäckige „Mäßigung“ gegenüber den Ereignissen in War-

schau. Der erste Kommentar Schmidts, der es gleichzeitig ablehnte, seinen Besuch bei Honecker abzubrechen, war Bedauern darüber, daß das Vorgehen in Polen „notwendig“ gewesen sei.

Und dieses Mal ging der Kanzler im Gleichschritt mit den westdeutschen Massen. Die bürgerlichen Medien, besonders außerhalb der Bundesrepublik, stellten immer wieder die Frage: Warum demonstrierten Hunderttausende gegen US-Raketen, aber so wenige für ein „freies Polen“? Das ist nicht schwer zu verstehen. Millionen Deutsche begreifen, daß Reagan Polen benutzt, um die antisowjetische Kriegshetze bis zur Weißglut anzufachen. Und sie begreifen auch, daß Deutschland im Falle einer militärischen Konfrontation zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt, egal was dabei herauskommt, zerstört werden wird. Deshalb bleibt die Politik der „Entspannung“ im zweitstärksten Mitgliedsland der NATO so überaus lebendig.

Aber die Furcht vor Washingtons Kriegstreiberei ist nur ein Teil der Antwort. Während Reagan Pläne schmiedet, wie man einen Atomkrieg gegen Rußland gewinnen könnte, planen Schmidt und die Frankfurter Bankiers den Rückkauf Preußens und Sachsens und wollen das Vorkaufsrecht für die traditionellen deutschen Klientenstaaten in Osteuropa. Überdies stecken die großen westdeutschen Banken so tief im Kreditgeschäft mit Polen, daß sie Berichten zufolge bis auf die allergrößten in enorme finanzielle Schwierigkeiten kämen, wenn Warschau nicht zahlt. Das wirtschaftliche Symbol der westdeutschen Ostpolitik ist das Milliarden-Gas-Röhren-Geschäft mit der Sowjetunion, das Reagan erfolglos verhindern wollte. In Anbetracht der andauernden schweren Re-

zession in Westdeutschland sowie wachsender protektionistischer Tendenzen in der ganzen kapitalistischen Welt ist der Impuls hinter Bonns Drang nach Osten sehr real. Es überrascht nicht, daß der Hauptsprecher des Großkapitals in der Koalitionsregierung, FDP-Finanzminister Graf Otto von Lambsdorff, der Auffassung ist, Wirtschaftssanktionen gegen Polen und die UdSSR seien „wenig sinnvoll“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9. Januar).

In zunehmendem Maße haben SPD-Sprecher und ihre „Linksaußen“-Anhänger die revanchistischen Gelüste des deutschen Imperialismus in neo-nationalistischer Rhetorik zum Ausdruck gebracht, als ob das industrielle Kraftzentrum des kapitalistischen Europa irgendein koloniales Land der „Drit-

Fortgesetzt auf Seite 6

SPARTAKIST

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
Sektion der internationalen
Spartacist Tendenz

CHEFREDAKTEUR: Frank Behr

REDAKTION: Elke Gasper, Silvia Lenz, Christoph Steiner (herausgebender Redakteur), Fred Zierenberg

PRODUKTION: Herbert Bäck

VERTRIEB: Renate Müller

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH:

Fred Zierenberg, 6000 Frankfurt/Main 1

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.

ISSN 0173 – 7430

Nein zur SPD-„Verhandlungslösung“!

Militärischer Sieg den Linken in El Salvador!

Von Frankfurt und Westberlin bis Washington bildeten die Kontingente der internationalen Spartacist Tendenz den revolutionären Pol in den Demonstrationen zu El Salvador. Nicht eine „Verhandlungslösung“ à la FDR/SPD oder der Demokratischen Partei/USA, die Tausende von Arbeitern und Landarbeitern mit ihrem Leben zu bezahlen hätten, sondern: „Sieg den linken Aufständischen! Für Arbeiterrevolution in Zentralamerika!“ Durch El Salvador verläuft heute die Frontlinie des Kalten Krieges, Reagans Kreuzzug, „das Kapitel Kommunismus“ für immer zu schließen. Reagans Kriegshetze und die „Entspannungs“politik der SPD verfolgen auf verschiedenen Wegen aber das gleiche Ziel, zum entscheidenden Schlag gegen die Sowjetunion auszuholen. Unsere Demonstrationsblöcke forderten zur Verteidigung von Kuba, DDR und Sowjetunion auf. In Westberlin und Frankfurt wehte unser

Von El Salvador bis Dresden und Berlin: Verteidigt die Sowjetunion!

Banner: „Von El Salvador bis Dresden und Berlin – Verteidigt die Sowjetunion!“ Solch revolutionäre Politik ist den Reformisten ein Dorn im Auge. In Washington holten sie sogar berittene Polizei zur Hilfe, um unser 500 Mann starkes Kontingent abzuschirmen und anderen Demonstranten die Teilnahme in ihm zu verwehren. Über 2000 verkaufte Exemplare unserer Zeitung beweisen dennoch, daß viele Demonstranten nicht mit der Rolle von Claqueuren für die Kennedys (die „erste Familie“ des Vietnamkrieges) zufrieden waren und Interesse an unserem Programm für den Sieg zeigten.

Die TLD hob sich in Westberlin und Frankfurt deutlich von den nationalistisch-anti-amerikanischen Mobilisierungen ab. In Frankfurt wurden sogar faschistische Parolen wie „Rotfront verrecke“ von lumpenproletarischen Jugendlichen gerufen, die sich in dem neo-nationalistischen Milieu wohl fühlen konnten. Frankfurter Spontis trugen das Transparent „Wir sind der anti-amerikanische Block“, die pseudotrotzkistische GIM marschierte mit „Amis raus aus El Salvador“. Wir setzten dagegen: *Der Hauptfeind steht im eigenen Land!* „SPD/deutscher Imperialismus: Hände weg von Zentralamerika!“ und „Schmidt/Brandt-Verhandlungslösung heißt Ebert und Noske in Zentralamerika!“ Brigitte Heinrich fragte entrüstet bei der Auftaktkundgebung in Frankfurt, wie die TLD sagen könne, die El Salvador-Komitees „machen sich zur Speerspitze der konterrevolutionären Strategie der Sozialdemokratie und der deutschen Bourgeoisie“ (aus dem Flugblatt der TLD). Aber die Antwort liegt auf der Hand:

„Die El Salvador-Komitees und die DKP spielen dasselbe bankrotte Spiel, ... indem sie von ‚Verhandlungen‘ und ‚Selbstbestimmung‘ schwafeln. ‚Verhandlungen‘ werden nichts an den zugespitzten Klassengegensätzen ändern. Die Guerillakämpfer im Feld wissen, was sie von ‚Verhandlungen‘ zu erwarten hätten: Maschinengewehrsalven und den kalten Gruß der Machete. Dies ist eine Strategie

der *Entwaffnung* der kämpfenden Massen – im wörtlichen Sinne!“ (dieses und folgende Zitate aus dem Flugblatt der TLD zu El Salvador)

Eine unserer Losungen gegen den Stalinismus lautete: „Nieder mit der friedlichen Koexistenz: Linke Aufständische brauchen russische Waffen!“ Während der amerikanische wie der deutsche Imperialismus, wenngleich mit unterschiedlichen Mitteln, in Zentralamerika eine Linie gegen den Kommunismus ziehen will und die Schläge der Konterrevolution über El Salvador, Nicaragua und Kuba der Sowjetunion gelten sollen, weigert sich diese (im Gegensatz zu dem vom US-Imperialismus verbreiteten Behauptungen), die linken Rebellen zu bewaffnen. Der Stalinismus sabotiert durch die Illusion von Absprachen und Zusammenarbeit mit dem Imperialismus die Verteidigung der Arbeiterstaaten. Nur die proletarische Weltrevolution unter Führung der trotzkistischen Vierten Internationale kann eine wirkliche Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution gewährleisten!

El Salvador: Revolution oder Tod!

Der Bürgerkrieg in El Salvador treibt einer Entscheidung entgegen. Die linken Aufständischen haben bedeutende Erfolge erzielen können. Diese Gewinne dürfen nicht, wie von der FDR und Brandts SPD angestrebt, am Verhandlungstisch ausverkauft werden! In El Salvador, wo die Arbeiter und Landarbeiter im offenen Klassenkrieg stehen gegen die Handvoll der Familien der Oligarchen, ihrer Schergen und imperialistischen Hintermänner, ist eine „friedliche“, „demokratische“, „politische“ Lösung unvorstellbar. Die Alternative lautet: Revolution oder Tod! Vorwärts zum Sieg! Nehmt San Salvador ein! Die einzige politische Lösung heißt: proletarische Revolution.

In El Salvador sind von der Mörderjunta in den letzten zwei Jahren 30 000 Menschen umgebracht worden: Vermal soviel *jede Nacht* wie insgesamt in Jaruzelskis Putsch gegen die von Solidarność geplante Konterrevolution in Polen, jetzt „cause célèbre“ der „freien Welt“, von Reagan bis zum DGB-Jugend-Spektakel in Dortmund. Das zynische Schauspiel von „freien Wahlen“, so „frei“, daß die Linke sich nur in einer komplizierten Form des Selbstmords hätte daran beteiligen können, führte dazu, daß der faschistische Herr der Todesschwadronen, d'Aubuisson, noch energischer nach der Macht greift.

„Wenn die Aufständischen nicht den Krieg *militärisch gewinnen*, wird es zu einer Wiederholung von *la matanza* (Massaker) 1932 kommen. Nach der Niederschlagung des von Farabundi Martí und der Kommunistischen Partei organisierten Aufstandes wurden 30 000 Arbeiter und Landarbeiter hingemetzelt.“ Heute würden es 200 000 sein.

SPD/SI: Für „demokratische“ Konterrevolution

Die Intervention der TLD in den El Salvador-Komitees, auf den Demonstrationen und auf dem El Salvador-Kongreß in Münster richteten sich gegen die Illusion in die „eigene“ Bourgeoisie, die zusammen mit Südafrika die Atombombe baut und in



Argentinien die Trägerraketen dafür, Pate für die Militärdiktatur in der Türkei steht und ihre historischen Expansionsziele gegenüber den deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas keineswegs vergessen oder aufgegeben hat. Der deutsche Imperialismus in Lateinamerika ist real und gefährlich, wenngleich im Gegensatz zu Brasilien und Argentinien die ökonomischen Interessen in *Zentralamerika* kaum den Ausschlag geben. Besonders durch das Instrument der nach Friedrich Ebert („Ich hasse die Revolution wie die Sünde“) benannten Stiftung der SPD spielt die SPD/FDP-Koalition die Rolle der Feuerwehr für das lädierte neo-koloniale System in Zentralamerika. Rainer Offergeld verspricht Nicaragua Millionen, um ein zweites Kuba zu verhindern, und das heißt nicht nur die Entwicklung Nicaraguas zu einem deformierten Arbeiterstaat zu verhindern, sondern die Erwürgung jeder *revolutionären* Mobilisierung. Willy Brandt, Geldbriefträger der CIA für die sozialdemokratische Konterrevolution in den siebziger Jahren in Portugal, ruft den FDR-Vorsitzenden Ungo nach Bonn, um Wege für eine „Verhandlungslösung“ auszuloten. Die SPD/SI setzt nicht auf den Weg der kriegerischen Intervention von Reagan/Haig, aber ihr Vorhaben ist nicht weniger imperialistisch. Nicht umsonst beteiligt sich die Bundesmarine als „NATO-Partner“ am Manöver vor Kubas Karibikküste. SPD/SI arbeiten für die „demokratische“ Konterrevolution, beispielsweise eine neue „Menschenrechts“junta – die Regierung, die die gegenwärtige Schlächterei in El Salvador *angefangen* hat. Sie wollen die Rolle der Eberts und Noskes spielen. Ihre Strategie deckt sich in El Salvador mit der der FDR und mit Ungo, der selbst Mitglied der „Menschenrechts“junta von 1979 gewesen ist!

„Auch die Führung der FDR und ihres FMLN-Guerilla-Bestandteils sagen explizit, daß sie nicht den militärischen Sieg über die Junta und eine sozialistische Regierung anstreben. Verhandlungen sollen eine ‚politische Lösung‘ und die Bildung einer breiten ‚demokratischen‘ Regierung bringen, in der die FMLN in einer sauberen kapitalistischen Armee integriert wäre.

Die Kampagne „Waffen für El Salvador“ verfolgt das gleiche Ziel. Nicht Geld für Waffen für die Revolution wird von der *taz* gesammelt, sondern Waffen für die „politische Lösung“ von FDR und SPD, Waffen für die sozialdemokratische Erwürgung der Revolution.

Von El Salvador bis Dresden und Berlin: Verteidigt DDR und UdSSR!

SPD/SI intervenieren in Reagans Hinterhof also mit dem gleichen konterrevolutionären Motiv, aber mit der Absicht, eine Eskalation in Zentralamerika zu einem heißen Krieg gegen die Sowjetunion zu verhindern. Die deutsche Bourgeoisie hat in einem Krieg gegen Kuba und Sowjetunion, der auf das „Schlachtfeld Deutschland“ übergreifen müßte, gegenwärtig nichts zu gewinnen und alles zu verlieren. Die SPD interveniert, um das Klima für „Entspannungspolitik“ zu erhalten, für die Politik der deutschen Bourgeoisie, die DDR, Polen und Sowjetunion ökonomisch zu unterhöhlen und die kollektierten Eigentumsformen zu zerstören. Die

Losungen der TLD auf den El Salvador-Demonstrationen stellten diese Verbindung klar: „Bonn, Dresden: Antisowjetischer ‚Neutralismus‘ heißt Konterrevolution in der DDR“, „Solidarność – gelbe Gewerkschaft im Dienste von NATO und deutschen Bankiers“. Wir haben nichts gemein mit den Leuten, die die Aufständischen in El Salvador durch eine „Verhandlungslösung“ entwaffnen wollen – ebenso wie wir keine Sympathie für junge Christen und alte Pfaffen in der DDR haben, die im Namen von „Frieden schaffen ohne Waffen“ die DDR vor dem westdeutschen Imperialismus entwaffnen wollen. Gegen die Absichten des Imperialismus in El Salvador verteidigen wir die kämpfenden Guerilla und die Arbeiterrevolution, gegen seine restaurativen Absichten in Bezug auf die DDR stellen wir die *revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands*.

Die „Seite“ der MG: Laßt sie draufgehen!

Während Revolutionäre zu El Salvador den Klassenstandpunkt vertreten: „Sieg den linken Aufständischen“, spottet die zynische Marxistische Gruppe nur über die „Chancenlosigkeit“ der Linken. Mit ihrer nationalistischen Position, daß der Kampf nur in den Metropolen geführt werden kann, zieht sie sich auf die Psychologie eines sozialdemokratischen Gewerkschaftsboszen anno 1890 zurück, der meint, die Sache mit den Kolonien wird sich schon von selbst regeln, nachdem „hier“ aufgeräumt worden ist. Durch ihre arrogante Abstinenz zu El Salvador überläßt die MG das Feld der SPD und deren „politischer Lösung“. Die MG bezieht nicht Seite für die linken Aufständischen, und obwohl sie sieht, daß die NATO die „Sowjetunion aus der Welt schaffen will und dafür jetzt in Mittelamerika ein Blutbad anrichtet“, heißt dies für sie noch lange nicht, die Sowjetunion zu verteidigen. Für die MG handelt es sich nur um einen Kampf zwischen zwei unterschiedlich starken Supermächten. So steht die MG trotz allem Kritikastertum doch selbst mit beiden Beinen fest im Lager der eigenen Bourgeoisie.

Tod der Junta! Für Arbeitersieg!

Gegen die nationalistische Linke, gegen die reformistischen Stalinisten und Sozialdemokraten sagen wir: Es ist notwendig, die arbeitenden Massen zu mobilisieren, damit sie für ihre Klasseninteressen kämpfen und zur *proletarischen* Revolution gelangen. Der militärische Sieg der linken Aufständischen ist unabdingbar, um die Möglichkeit der Arbeiterrevolution zu eröffnen – und um diese zu führen muß eine Avantgarde der Arbeiterklasse geschmiedet werden, die in unerschütterlicher Opposition zum Volksfrontverrat der FMLN/FDR steht. Eine trotzkistische Partei muß aufgebaut werden, die entschlossen ist, die Arbeiterklasse gegen *alle* Sektoren der salvadorianischen Bourgeoisie zum Sieg zu führen. Der revolutionäre Kampf darf sich nicht nur auf Zentralamerika erstrecken, sondern muß bis zum Norden, bis nach Mexiko mit seinem wichtigen Proletariat, das machtvoll und kämpferisch ist, ausgeweitet werden. Das ist der Weg des Sieges für El Salvador! ■

Polen: Was nun?

Fortsetzung von Seite 8

in die chinesische Verfassung aufgenommen, die die Wahl des Papstes wie eine Übung in Mitbestimmung erscheinen ließ. Wir schrieben in „Solidarność: Konterrevolutionärer Drang zur Macht gestoppt“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 10, Winter 1981/82):

„Die Stalinisten beziehen sich nur heuchlerisch auf sozialistische Formen, aber verglichen mit nackter militärischer Gewalt sind diese Formen wichtig.“

Das militärische Vorgehen gegen Solidarność war eine kalte Dusche für die polnischen Massen. Der Bankrott der stalinistischen Bürokraten, die das Land wirtschaftlich ruiniert haben, liegt klar zutage. Der Rausch des klerikalen Nationalismus von Solidarność, der Polen an den Rand der Konterrevolution führte, verfliegt allmählich. Viele suchen nach neuen Antworten, und manche werden offen sein für das authentisch kommunistische Programm der Leninisten-Trotzkisten, der Spartakisten, die „Stoppt die Konterrevolution der Solidarność!“ forderten, während sie für eine proletarische politische Revolution zum Sturz der parasitären Bürokratie kämpften.

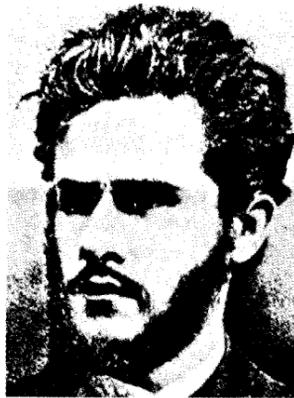
Polen ist politisch und psychologisch kräftig durchgerüttelt worden. Plötzlich ist die polnische Gesellschaft angehalten, einfach zum Stillstand gebracht worden. Aber die Repression war nicht so tiefgehend, um das Auftreten einer Untergrundopposition zu verhindern. Petitionen für ein Ende des Kriegrechts zirkulieren öffentlich; wohlbekannte Dissidenten geben der westlichen Presse Interviews; der staatliche Rundfunk polemisiert gegen Untergrundmanifeste von Solidarność. Jetzt ist es an der Zeit, mit dem Aufbau von erzieherischen und propagandistischen Zellen einer trotzkistischen Avantgarde zu beginnen, um die historischen Errungenschaften des vergesellschafteten Eigentums, das Erbe der Oktoberrevolution, zu verteidigen und auszuweiten durch den Sturz der Usurpatoren, die diese Errungenschaften untergraben, und durch die Zerschlagung derer, die sie vernichten wollen.

Die wahre revolutionäre Heldin Polens: Rosa Luxemburg

Die gegenwärtige polnische Situation konnte sich nur in einem politischen Vakuum entwickeln, das die Zerstörung der Traditionen des internationalen Kommunismus in Polen durch wütende Verfolgung widerspiegelt – durch die polnischen Pilsudkisten, die deutschen Nazis und die Stalinisten. Die westlichen Medien schildern die polnische Geschichte heute durch das verzerrende Prisma von Solidarność. Angeblich ist die polnische Nation fanatisch nationalistisch, inbrünstig religiös, das am meisten antikommunistische aller Völker. Auf der anderen Seite verbannt das Regime die Geschichte der polnischen Arbeiterbewegung

vor 1945 in die akademische Sphäre. In Wirklichkeit gehörte Polen zu den europäischen Ländern mit der ältesten und stärksten Tradition des marxistischen proletarischen Sozialismus. Eine wahrhaft revolutionäre Avantgarde muß auf diesen internationalistischen Traditionen aufbauen.

Die erste marxistische Partei der Arbeiterklasse im zaristischen Reich, die Partei „Pro-



Begründer des polnischen Kommunismus: Rosa Luxemburg (oben), Adolf Warski, Leo Jogiches, Julian Marchlewski (unten, von links)

letariat“, formierte sich in Warschau zu Beginn der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Bezeichnenderweise verwarf Ludwik Waryńskis Partei das traditionelle radikale Programm einer nationalen Erhebung in Polen und arbeitete eng mit den russischen Volkstümern für eine soziale Revolution im ganzen zaristischen Reich. Die antinationalistische Tradition dieser Partei wurde von Rosa Luxemburg, der größten proletarischen revolutionären Führerin Polens, in die nächste Generation hineingetragen. Luxemburg lehnte den Kampf für ein unabhängiges bürgerlich-demokratisches Polen ab und kämpf-

te für den Sturz des zaristischen Absolutismus durch den vereinten Kampf der polnischen und russischen Arbeiter:

„Wenn sich die Idee, aus einem unabhängigen Polen einen Puffer und Schutzschild für den Westen gegen das reaktionäre Zarentum zu machen, als undurchführbar erwies, so schuf die kapitalistische Entwicklung, die diese Idee begraben hatte, dafür die revolutionäre Klassenbewegung des vereinigten Proletariats in Rußland und Polen und in seiner Gestalt einen neuen, weit tüchtigeren Bundesgenossen für den Westen, einen Bundesgenossen, der nicht nur mechanisch Europa vor dem Absolutismus schützen, sondern ihn selbst auch unterminieren und zerschmettern kann.“ (Vorwort zu dem Sammelband „Die Polnische Frage und die Sozialistische Bewegung“, 1905, in: Rosa Luxemburg, *Internationalismus und Klassenkampf*, 1971)

Der politische Kampf zwischen der internationalistischen Sozialdemokratie des Königreichs von Polen und Litauen (SDKPiL) von Rosa Luxemburg und Leo Jogiches und der nationalistischen Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) von Józef Pilsudski beherrschte die polnische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg.

Lenin beharrte darauf, daß Luxemburg fälschlicherweise das bürgerlich-demokratische Recht auf nationale Selbstbestimmung, das heißt das Recht auf einen eigenen Staat, für Polen verwarf. Ihre dogmatische Hartnäckigkeit in dieser Frage schwächte ihren korrekten Kampf gegen Pilsudski und chauvinistische Strömungen innerhalb der polnischen Arbeiterklasse. Jedoch bestand sie mit vollem Recht darauf, daß das Schicksal Polens unlösbar mit dem proletarischen Klassenkampf in seinen Unterdrückernationen Rußland und Deutschland verbunden war.

Rosa Luxemburg von Stalins Verleumdung rein zu halten, die von besoldeten Funktionären beider Hemisphären wiederholt wird; umso mehr ist es unsere Pflicht, diese wahrlich unvergleichliche heroisch-tragische Gestalt den jungen Generationen des Proletariats in all ihrem Glanz und ihrer großen erzieherischen Kraft zu überliefern.“ („Hände weg von Rosa Luxemburg“, 1932, *Schriften über Deutschland*)

Wenn Rosa Luxemburg im Polen von Stalin und Solidarność nicht geehrt wird, dann auch deswegen, weil sie Jüdin war. Für die Walesas und die Jaruzelskis ist ein Jude kein „echter“ Pole. Einer der häßlichsten und grotesksten Aspekte der gegenwärtigen Krise ist die Wiederbelebung der Judenhetze auf beiden Seiten, obwohl fast alle polnischen Juden von den Nazis getötet und die wenigen verbliebenen Zehntausende 1968 von den Stalinisten aus dem Land getrieben worden sind. Während die Stalinisten Papst Wojtylas Hierarchie, die wahre Kraft hinter Solidarność, nicht anzugreifen wagen, erfinden sie ohne Schwierigkeiten „zionistische Verschwörungen“. Eine von der Regierungspropaganda ausgewählte Zielscheibe ist der jüdische sozialdemokratische Dissident Adam Michnik, eine Figur ohne großen Einfluß in der gegenwärtigen Solidarność-Führung. Weiterhin „enthüllte“ eine Rundfunksendung der Regierung nach dem Gegenschlag vom 13. Dezember die Tatsache, daß der Solidarność-Berater Bronislaw Gemerek der Sohn eines jüdischen Religionslehrers sei. Aber die eingefleischten Antisemiten sind auf der anderen Seite. Selbst das *Wall Street Journal* gibt zu, daß Leszek Moczulski KPN, eine starke Fraktion in Solidarność, „durch eine Geschichte des Antisemitismus befleckt“ ist. Und im vergangenen Frühjahr erklärte der „radikale“ Solidarność-Führer von Szczecin, Marion Jurczyk, drei Viertel der Führung der Kommunistischen Partei seien eigentlich Juden, die ihre Namen geändert hätten.

Vom Holocaust spielten Juden eine sehr wichtige Rolle in der Führung der polnischen revolutionären Arbeiterbewegung, sie verliehen ihr viel von ihrem internationalistischen Elan und ihrem Kosmopolitismus und stellten eine Barriere gegen sozialpatriotische Einflüsse dar. Durch die „Säuberung“ der polnischen Nation in Auschwitz und andernorts trug Adolf Hitler indirekt zu der äußersten Erbärmlichkeit des polnischen Stalinismus nach dem Krieg, zu dem enormen Einfluß der katholischen Kirche und dem Aufstieg der klerikal-nationalistischen Solidarność bei.

Die Tragödie der polnischen Kommunistischen Partei

Die polnische Kommunistische Partei entstand Ende 1918 aus der Fusion der SDKPiL Rosa Luxemburgs und der Polnischen Sozialistischen Partei-Linke, einer großen zentristischen Partei, die sich unmittelbar nach der Revolution von 1905 von Pilsudski abgespalten hatte. Die Überzeugung, die diese ersten polnischen Kommunisten erfüllte, wird von Isaac Deutscher in seinem wichtigen Aufsatz von 1958 „Die Tragödie der polnischen Kommunistischen Partei“ (enthalten in *Marxism in our Time*, 1973) gut beschrieben:

„Die Reihen der Partei waren weiterhin geeint durch ein scharfes Bewußtsein ihrer gemeinsamen und unnachgiebigen Opposition gegen das nationalistische und reformistische Polen, gegen das Polen der Großgrundbesitzer und des Kleinadels.“ Diese Opposition sollte bald getestet werden, und zwar in der ernstesten Weise. Anfang 1920 startete Pilsudski einen Eroberungskrieg gegen Sowjetrußland. Es war keine Frage, daß die polnischen Kommunisten ihre internationalistische Pflicht erfüllen würden, und das taten sie auch. Deutscher erklärte:

„Die polnische Partei behandelte diesen Krieg – wozu sie allen Grund hatte – als einen Krieg der besitzenden Klassen Polens (oder ihrer maßgeblichen Elemente) gegen die russische Revolution und als einen integralen Teil der Intervention der kapitalistischen Mächte in Rußland. Die Partei fühlte sich eins mit der russischen Revolution und fühlte sich verpflichtet, sie zu verteidigen.“



Polnisches Militär führte den Gegenschlag gegen konterrevolutionäre Solidarność

Heute wird Rosa Luxemburg, Polens größte Vertreterin des proletarischen Sozialismus, von beiden Seiten in der polnischen Krise verachtet. Die klerikal-nationalistische Solidarność idealisiert Luxemburgs Erzfeind Pilsudski – und überdies nicht seine Rolle vor 1914 als rechter Sozialist, sondern seine spätere Inkarnation eines antisowjetischen Militaristen und faschistoiden Diktators. Auch die Stalinisten haben mit dem proletarischen Internationalismus nichts gemein und versuchen verzweifelt, sich einen „patriotischen“ Anstrich zu geben. Im letzten Frühjahr feierte das Jaruzelski-Regime zum ersten Mal den Jahrestag der Gründung der bürgerlichen polnischen Republik am 11. November 1918. Dieser nationale Feiertag ist in Wirklichkeit ein Gedenktag zu Ehren Pilsudskis.

Aber die stalinistische Verunglimpfung der großen Revolutionärin Rosa Luxemburg ist nicht allein Sache des Jaruzelski-Regimes. Wie Trotzki in den frühen dreißiger Jahren schrieb:

„Wahrlich, Stalin hat allen Grund, Rosa Luxemburg zu hassen. Umso größer ist unsere Verpflichtung, die Erinnerung an

In den frühen zwanziger Jahren hatte die pro-sowjetische Kommunistische Partei alles in allem *stärkeren* Einfluß in der polnischen Arbeiterklasse als die pilsudskischen Sozialdemokraten. Überdies hieß es in der Komintern: „Die deutsche Partei ist die größte; die polnische Partei ist die beste.“ Zu einem guten Teil auf Grund ihrer Wurzeln in der revolutionären SDKPiL Luxemburgs leistete die polnische Partei größeren Widerstand gegen die Stalinisierung als irgend eine andere große Partei der Komintern. Im Dezember 1923 sandte ihr Zentralkomitee einen Protestbrief an die russische Partei, der erklärte: „... für unsere Partei, nein, für die ganze Komintern, für das ganze Weltproletariat ist der Name des Genossen Trotzki unlösbar verbunden mit dem Sieg der Sowjetrevolution, mit der Roten Armee, mit dem Kommunismus“ (zitiert nach M. K. Dziewanowski, *The Communist Party of Poland*, 1976).

Damit soll die polnische Kommunistische Partei der zwanziger Jahre oder das Regime der „drei Ws“ (Warski, Walecki, Wera Kostrzewa) nicht idealisiert werden. 1923 ließ die Führung der polnischen Kommunisten eine potentiell revolutionäre Situation vorübergehen. Einige wenige Jahre später beging sie einen weit schlimmeren Fehler, diesmal aktiv. Momentan überwältigt von der Begeisterung der Bevölkerung über den Pilsudskischen Bonapartismus, unterstützten Warski und seine Partei im Mai 1926 den Putsch des Marschalls (siehe „Pilsudski und Konterrevolution in Polen“ in *Spartakist* Nr. 42, Februar 1982). Doch die polnischen Kommunisten erholten sich bald von ihrem „Mai-Fehler“ und wurden zur einzigen Opposition gegen die sich festigende faschistoide Diktatur.

Das politische Ansehen, das die polnische Kommunistische Partei durch ihren heldenhaften Kampf gegen die rechte Diktatur gewann, wurde durch Stalins Schwenk zum Abenteuerium der „Dritten Periode“ bald verspielt. Der Partei war es verboten, gemeinsame Aktionen mit den Sozialdemokraten und Bauernparteien gegen den sich ausbreitenden weißen Terror zu führen. 1931-32 entstand eine von Isaac Deutscher geführte Opposition gegen diesen selbstmörderischen Kurs. Die polnische Opposition wurde, im wesentlichen dank Trotzki's entschiedenem Kampf für eine gemeinsame Verteidigung des deutschen Proletariats gegen die Drohung des Nazi-Faschismus, bald für den Trotzkiismus gewonnen. Obwohl die Gruppe Deutschers 1932 aus der polnischen KP ausgeschlossen wurde, bemerkt der amerikanische Kalte-Kriegs-Historiker Dziewanowski: „Eine unterschwellige pro-trotzkistische Strömung blieb auch weiterhin ein relativ bedeutsamer Faktor bis zur Auflösung der Partei (1938), besonders unter der jüdischen Mitgliedschaft.“

Als Hitler Anfang 1933 zur Macht kam, erzwang die trotzkistische Bewegung den Aufruf an die sowjetische Rote Armee, in Deutschland einzumarschieren, bevor die Nazis ihr Regime festigen und wiederaufrüsten könnten. Das hätte zwangsläufig die polnische nationale Unabhängigkeit verletzt, aber verglichen mit den historischen Interessen des Weltproletariats war das eine zweitrangige Überlegung.

Der wachsende weiße Terror des Pilsudskischen „Regimes der Oberste“ zwang immer größere Gruppen polnischer Kommunisten, ihre Zuflucht in der Sowjetunion zu suchen. Obgleich viele ausländische Kommunisten in den Großen Säuberungen der späten dreißiger Jahre ums Leben kamen, war Stalins Krieg gegen die polnische Partei außergewöhnlich, wahrhaft einzigartig. Faktisch alle polnischen Kommunisten auf sowjetischem Territorium wurden entweder physisch liquidiert oder in Konzentrationslager geschickt. Viele polnische Kommunisten wurden unter dem einen oder anderen Vorwand zurückgelockt. Die gesamte Parteiführung – neben anderen Warski, Walecki, Wera Kostrzewa, Unszlicht – wurde getötet. 1938 löste Stalin in einem beispiellosen Akt die ganze polnische Kommunistische Partei als ein „Nest von Pilsudskisten-Trotzkisten“ auf. Deutscher versuchte, Stalins wahnsinnigen Haß auf den polnischen Kommunismus zu erklären, seine Entschlossenheit, ihn mit Stumpf und Stiel zu vernichten:

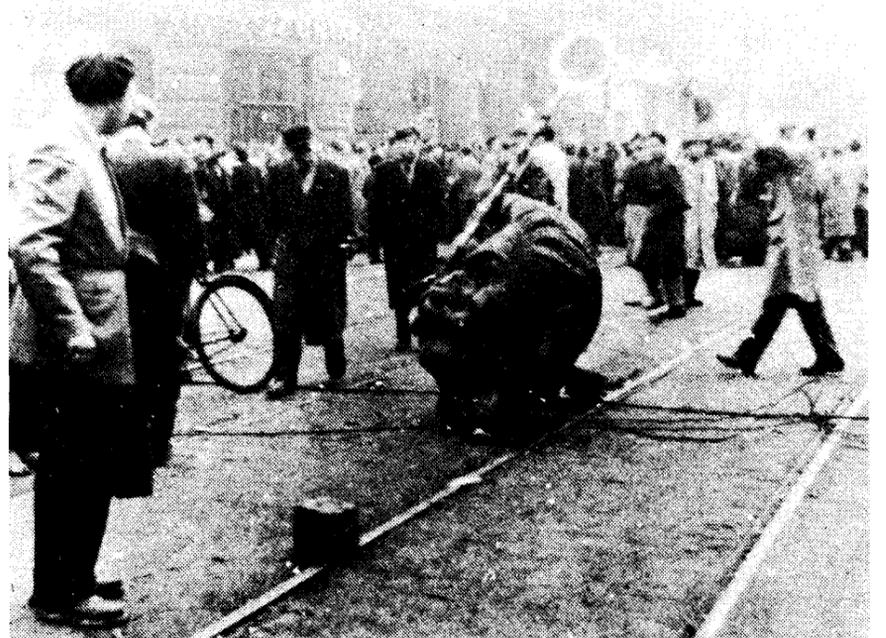
„Stalin sah die polnische KP als Hochburg des verhaßten Luxemburgismus – der polnischen 'Variante des Trotzkiismus' –, die sich ihm schon seit 1923 widersetzt hatte; die Partei, in der einige Führer Bucharin nahestanden und andere Sinowjew; die Partei der unheilbaren Häresien, stolz auf ihre Traditionen und ihren Heroismus ...“

Für polnischen Trotzkiismus

Alle Beobachter stimmen darin überein, daß die unmittelbaren Ursprünge der gegenwärtigen polnischen Krise in der katastrophalen Mißwirtschaft des Gierek-Regimes während der letzten zehn Jahre liegen. Ebenfalls klar ist, daß das Maß an Korruption und Käuflichkeit in der polnischen Bürokratie selbst im Vergleich zum Rest der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten extrem ist. Das spiegelt eben Stalins Zerstörung der polnischen Kommunistischen Partei wider, die zur Folge hatte, daß der Regierungsapparat, den die sowjetische Armee nach dem Zweiten Weltkrieg errichtete, keine Verbindung zu einer revolutionären Vergangenheit hatte, von der er hätte zehren können. Somit wurde die Bürokratie, die Polen seitdem verwaltet hat, aus simplen Opportunisten und Karrieristen rekrutiert. Aber die tieferen Wurzeln der polnischen Krise liegen im *Stalinismus*, dem Versuch einer bonapartistischen Bürokratie, zwischen dem Imperialismus und der Arbeiterklasse zu lavieren, zum Ausdruck gebracht im Dogma vom „Sozialismus in einem Lande“.

Alle zentralen Probleme, denen Polen gegenübersteht, rühren her von der engstirnigen nationalistischen Politik der Bürokratie und besonders von ihrer Aussöhnungspolitik und der Stärkung der sozialen Basis der Konterrevolution. Die Fähigkeit der Bauernschaft, das Land zu erpressen, liegt in dem Versäumnis, die Landwirtschaft zu kollektivieren, begründet. Der mächtige klerikal-nationalistische Einfluß auf Solidarność rührt her aus dem Versuch des Regimes, einen *Modus vivendi* mit der katholischen Kirche, die in der Bauernschaft verwurzelt ist, zu finden. Die Explosion wegen der Preisaneh-

Ungarn '56 kontra Solidarność



Trotzkisten unterstützten den heldenhaften Kampf der sozialistisch eingestellten ungarischen Arbeiterklasse zum Sturz des stalinistischen Regimes. Unter dem Einfluß des Arbeiteraufstandes spaltete sich die Bürokratie. 80 Prozent der Kader von KP und Armee wurden zu aktiven Unterstützern der Arbeiterräte – eine klare Widerlegung der Theorie, daß die Bürokratie eine neue herrschende Klasse darstelle. Im Gegensatz zur prokapitalistischen und antikommunistischen Solidarność kämpften die ungarischen Arbeiter für eine sozialistische Zukunft.

bungen, die zu dem Streik von Gdansk führte, war das Ergebnis der Verpfändung der polnischen Wirtschaft an die westlichen Bankiers, die heute ihre Auszahlung verlangen. Worauf es jetzt ankommt, sind nicht noch mehr Zugeständnisse, sondern ist eine wahrhaft revolutionäre, internationalistische Politik. Und das erfordert den Sturz der stalinistischen Parasiten durch eine proletarische politische Revolution unter der Führung einer trotzkistischen Avantgarde.

Die Antwort der polnischen Arbeiter auf das Regime der Stalin-Ära mit den Kommandomethoden eines Polizeistaates war 1956 die machtvolle proletarische Revolte, die in Poznan begann (und die Arbeiterrevolution in Ungarn im gleichen Oktober entfachen half). Dies erzwang einen Versuch, das Regime durch eine Art liberalen Stalinismus zu reformieren, der mehr individuelle Anreize einsetzte und die Schrauben des repressiven Apparats lockerte. Auch das mißglückte – sogar zweimal. 1970 wies das polnische Proletariat Gomulka bei dem Arbeiteraufstand an der Ostseeküste zurück und stürzte Gierek mit den Werftstreiks von 1980. Das bedeutete auch das Ende der Illusionen in eine liberale Reform, und nun gelang es pro-westlichen Kräften in und um Solidarność, die Unterstützung der polnischen Massen zu gewinnen. Aber ihr Triumph würde ein Unheil von epochalen Ausmaßen bedeuten und Gdansk

in ein zweites Detroit mit seinen Schlangen von Arbeitslosen und Suppenküchen verwandeln.

Darüberhinaus wäre die Konterrevolution an den Ufern der Weichsel nicht auf Polen beschränkt. Sie würde unmittelbar die Frage der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands stellen und würde auch einen atomaren imperialistischen Weltkrieg bedeuten, mit dem Ziel der Ausradierung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates und der verbliebenen Errungenschaften der Oktoberrevolution von 1917. Nur die Trotzkisten haben ein Programm, um der Konterrevolution durch die Rückkehr zum authentischen Kommunismus Lenins und Luxemburgs den Boden zu entziehen. Die Schlüsselemente eines solchen Programms zur Mobilisierung der polnischen Arbeiterklasse umfassen folgende Punkte:

Nieder mit dem Klerikalismus! Für die strikte Trennung von Kirche und Staat! Wie Rosa Luxemburg 1905 schrieb: „Der Klerus sitzt dem Volk ... ebenso im Nacken und lebt von seiner Erniedrigung, Unterdrückung und Dumpfheit wie die ganze Kapitalistenklasse.“ („Kirche und Sozialismus“) Heute dient der Vatikan als Schlüsselinstrument des westlichen Imperialismus und ist eine zentrale Agentur der kapitalistischen Konterrevolution. Der führende Kern von Solidarność um

Fortgesetzt auf Seite 6



Polnischer Oktober 1956: Arbeiter verhalfem liberalem Stalinisten Wladyslaw Gomulka zur Macht



Szczecin 1970: Straßenschlacht gegen stalinistische Miliz während des Arbeiteraufstandes. Damals sangen die polnischen Arbeiter noch die Internationale

Polen: Was nun?

Fortsetzung von Seite 5

Lech Walesa kam aus den von der Kirche unterstützten „Dissidenten“ zirkeln, und eine der berühmten 21 Forderungen im Gdansk Streik war die Übertragung der katholischen Messe durch staatliche Medien – in der Tat die Errichtung einer Staatskirche. Überdies hat die polnische Armee als einzige in Osteuropa Feldgeistliche.

Kuron und andere Führer von Solidarność haben eine Regierung aus drei verschiedenen Kräften, einschließlich der katholischen Hierarchie gefordert. Washington, Wall Street und die Sozialdemokratie versuchen gemeinsam, die mittelalterliche Dominanz der römischen Kirche über das gesellschaftliche Leben Polens wiederherzustellen. Und in ihrem Bestreben, sich mit Papst Wojtyła zu verständigen, könnten die Stalinisten sehr wohl einige seiner reaktionären sozialen Programmpunkte übernehmen – etwa die Beschränkung oder Abschaffung des Rechtes der Frauen auf Schwangerschaftsabbruch. Die Trennung von Kirche und Staat ist eine historische Errungenschaft der bürgerlich-demokratischen Revolution, doch allein die Trotzisten kämpfen heute dafür.

Für die Kollektivierung der Landwirtschaft! Seit Jahrzehnten litt die polnische Wirtschaft an dem Widerspruch zwischen einer rückständigen kleinbäuerlichen Landwirtschaft und einer rasch expandierenden Industrie. Die staatlichen Nahrungsmittelsubventionen sind zu einer immer größeren Belastung der gesamten Wirtschaft geworden. Doch die Versuche der Land-Solidarität, die staatliche Regelung des Marktes zu beseitigen, würden sich nicht nur durch erheblich höhere Preise gegen die unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Klasse richten, sondern auch die Gefahr der Konterrevolution stärken. Es wäre eine unmittelbare, zentrale Aufgabe einer revolutionären Arbeiterregierung in Polen, die Kollektivierung der Landwirtschaft voranzutreiben.

Für Gewerkschaften, die unabhängig sind von bürokratischer Kontrolle und die sich gründen auf die Verteidigung des vergesellschafteten Eigentums! Das ist ein wesentlicher Bestandteil des trotzkistischen Programms zum Sturz der stalinistischen Bürokratie. Und es hat nichts gemein mit dem Slogan „freie Gewerkschaften“, der lange Zeit ein Schlachtruf des NATO-Imperialismus gewesen ist. Zu Beginn des Kalten Krieges hat die fanatisch antikommunistische Arbeiterbürokratie der USA in engster Zusammenarbeit mit der CIA den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften errichtet. „Koordinator der Polenhilfe“ des DGB ist sicher nicht zufällig Gerhard Schmidt, Verbindungsmann des DGB zum Verfassungsschutz. Polnische Arbeiter müssen verstehen, daß ein beschränktes ökonomistisches Gewerkschaftertum in einer kollektivierten Wirtschaft nicht möglich ist. Jegliche Einkommensumverteilung erfordert, daß die Kontrolle der wirtschaftlichen Verwaltung der stalinistischen Bürokratie entrissen wird. Und die polnischen Arbeiter müssen sich dem „AFL-CIA-Gewerkschaftertum“ unerbittlich widersetzen, indem sie ihre Organisationen verpflichten, das verge-

sellschaftete Eigentum und die proletarische Staatsmacht gegen den Imperialismus zu verteidigen.

Annuliert die imperialistischen Schulden! Polens gegenwärtige enorme Verschuldung an die Imperialisten abzutragen, hieße jahrelange strenge Austerität. Doch die Führer von Solidarność verlangen den Beitritt Polens zum Internationalen Währungsfonds, dem Kartell der westlichen Bankiers. Der IWF würde die polnischen Arbeiter genauso grausam zur Ader lassen, wie er es mit den Arbeitern in der „Dritten Welt“ tut. Der Kreml hat, in der Hoffnung, den sozialen Frieden bei seinem Verbündeten aufrechtzuerhalten, zumindest indirekt immer größere Summen herausgerückt, um Polens Schulden an Wall Street und die deutschen Bankiers zu bezahlen. Es ist nicht unsere Aufgabe als proletarische Revolutionäre, die Warschauer Bürokraten zu beraten, wie sie ihren Karren aus dem Dreck ziehen können. Aber eine trotzkistische Führung würde die imperialistischen Schulden augenblicklich annullieren und sich an die Arbeiter Westeuropas und der USA wenden, um mit ihnen die unvermeidliche imperialistische Vergeltung zu bekämpfen.

Für internationale sozialistische Wirtschaftspläne! Die Führer von Solidarność haben Bewunderung für den Kapitalismus im Westen ausgedrückt und zur Reprivatisierung eines bedeutenden Sektors der Wirtschaft aufgerufen. Sie haben die Abschaffung der zentralen Planung zugunsten autonomer „selbstverwalteter“ Unternehmen verlangt, die auf der Grundlage des freien Marktes arbeiten. Angesichts der herrschenden wirtschaftlichen Bedingungen in Polen hätte das den sofortigen Bankrott hunderter Unternehmen zur Folge, wodurch Hunderttausende, wenn nicht Millionen Arbeiter auf die Straße geworfen würden. Zudem würde dadurch die wirtschaftliche Durchdringung durch den Imperialismus enorm erleichtert. Das Ziel darf nicht die Rückkehr zur Anarchie des Marktes sein, sondern muß darin bestehen, der arbeitenden Klasse die demokratische Kontrolle über die Wirtschaft zu geben, was nur über die zentrale Planung durch die Sowjetmacht, mit Fabrikkomitees zur Überwachung der Produktion und Kooperativen von Konsumenten zur Überwachung der Qualität und der Preise der Produkte, realisiert werden kann. Die polnischen Arbeiter müssen vorwärts schauen auf die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa, in denen ein vereintes Sowjetdeutschland ein industrieller Motor sein wird.

Für Sowjetdemokratie, nicht bürgerlichen Parlamentarismus! Für proletarische politische Revolution! Nur Stunden vor der Verhängung des Kriegsrechtes forderte Solidarność ein Referendum, um die kommunistische Regierung zu stürzen und durch eine Regierung auf der Grundlage „freier Wahlen“ zu ersetzen. Unter den gegenwärtigen Umständen Polens hätten solche Wahlen zum Sieg einer klerikal-nationalistischen Partei geführt, die versuchen würde, den Kapitalismus wieder einzuführen, oder es hätte vielleicht zu einem anarchischen Ergebnis geführt. In jedem Fall wäre der Bürgerkrieg unmittelbar auf die Tagesordnung gesetzt worden. Die polnische Arbeiterklasse muß für die Herrschaft von Sowjets (Arbeiterräten) wie in der russischen Revolution von 1917 kämpfen. Die Sowjetdemokratie sollte jene von den Arbeitern und ihren Verbündeten gewählten Parteien umfassen, die zur sozialistischen Ordnung stehen und sie verteidigen.

Verteidigt die UdSSR gegen den Imperialismus! Für die revolutionäre Einheit der polnischen und sowjetischen Arbeiter! Walesa & Co. sahen sich selbst als Führer der gesamten polnischen Nation, unterstützt vom westlichen Imperialismus, gegen den „russischen Kommunismus“. Der „Appell“ des Solidarność-Kongresses vom letzten September an die sowjetischen Arbeiter war eine provokative Solidaritätserklärung mit Reagans „freier Welt“. Das wurde nicht nur von den Kreml-Bürokraten, sondern auch von den sowjetischen arbeitenden Massen sofort verstanden. Westliche Journalisten berichten übereinstimmend, daß der sowjetische Mann auf der Straße keinerlei Sympathie für Solidarność empfindet oder für das, wofür diese Organisation steht.

Die revolutionäre Tradition der Solidarität der polnischen und russischen Arbeiterklasse, die durch Rosa Luxemburg repräsentiert

wird, ist entscheidend bei der Neuschmiedung des polnischen Trotzkismus. Eine proletarische politische Revolution in Polen muß auf die UdSSR und den Rest des Sowjetblocks ausgeweitet werden, oder sie wird zerschlagen werden. Aber polnische Arbeiter können sich nicht an ihre sowjetischen Klassenbrüder, die 20 Millionen Menschen beim Kampf gegen die Nazis im Zweiten Weltkrieg verloren (600 000 davon in Polen), wenden, wenn sie ihnen nicht versichern, daß ein Arbeiterpolen die Sowjetunion gegen den Imperialismus verteidigen wird. Das sowjetische Volk weiß, daß das Bestreben des US-Imperialismus „Rollback“ ist: die Transformation Osteuropas in mit dem Imperialismus verbündete feindliche Staaten, die Ausdehnung der NATO an die sowjetische Grenze als Vorspiel zur Wiederherstellung des Kapitalismus in der UdSSR selbst. Eine polnische Arbeiterregierung muß eine militärische Bastion gegen die NATO sein!

In seinem Aufsatz über „Die Tragödie der polnischen Kommunistischen Partei“ betonte Isaac Deutscher als seine wesentliche Schlußfolgerung: „Wenn die Geschichte der polnischen KP und ganz allgemein Polens überhaupt etwas beweist, dann beweist sie, wie unzerstörbar das Band zwischen der polnischen und der russischen Revolution ist.“ Heute ist es notwendig, die Tradition Lenins und Luxemburgs, der revolutionären Einheit des polnischen und russischen Proletariats wiederzubeleben. Diese muß heute gegen die stalinistischen Bürokratien gerichtet werden, in Verteidigung der kollektivierten Wirtschaft und der proletarischen Staatsmacht gegen den Imperialismus. Diese Tradition und dieses Programm werden von einer polnischen trotzkistischen Avantgarde, Sektion einer wiedergeborenen Vierten Internationale, vorangetrieben werden. Jetzt ist der Zeitpunkt, die Wurzeln einer trotzkistischen Avantgarde in Polen zu pflanzen.

Nach Workers Vanguard Nr. 298
5. Februar 1982

Deutschland...

Fortsetzung von Seite 2

ten Welt“ wäre. Egon Bahr, ein führender Architekt der Ostpolitik, spottete kürzlich über Reagan, als er sagte: „... die Werte, um die sich das westliche Bündnis entwickelt hat, schließen das Prinzip aus: Führer befiehlt, wir folgen“ (Vorwärts, 4. Februar). Und „Friedens“-Pfarrer Albertz äußerte im letzten Juni gegenüber Schmidt: „Wenn es ernst wird, sind wir ein besetztes Land.“ Vor einigen Wochen enthielt eine Ausgabe des Spiegel (1. Februar), der auf Regierungskurs liegt, nicht weniger als drei größere Artikel zu dem Thema: einen „Deutscher Patriotismus“ überschriebenen Essay von Willy Brandt, einen Artikel „Gibt es einen neuen deutschen Nationalismus?“ und eine Serie über die Stimmungslage der Nation „Die deutsche Depression“.

Mittlerweile haben sozialdemokratische Vordenker Pläne für die Wiedervereinigung Deutschlands entworfen – auf kapitalistischer Basis, versteht sich. Peter Bender, ein enger Vertrauter von Brandt und Bahr, fordert in seinem jüngsten Buch *Das Ende des ideologischen Zeitalters* eine allmähliche Abkoppelung Westdeutschlands und Westeuropas von der NATO: „Osteuropa kann sich von der Sowjetunion nicht emanzipieren, ohne daß sich Westeuropa von den USA emanzipiert...“ Albertz hat einen „Vierstufenplan“ zur Wiedervereinigung Deutschlands ausgearbeitet, der eine großdeutsche wirtschaftliche „Gemeinschaft“ und den Abzug aller „Besatzungstruppen“ einschließt und der laut Berichten in höchsten Regierungskreisen zirkuliert. Die Sozialdemokraten streben ein wiedervereinigtes kapitalistisches Deutschland an, das den europäischen Kontinent beherrschen und damit das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges aufheben würde. Vor einigen wenigen Jahren erklärte Schmidt vor dem Bundestag: „Nur die Wiederherstellung des geistigen Zusammenhangs von ganz Europa, nur die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Zusammenhangs von ganz Europa – trotz all seiner gegenwärtig bedrückenden politischen Formen und Krisen – bietet eine Chance für die der einstige Vereinigung unserer eigenen deutschen Nation unter einem gemeinsamen Dach“ (zitiert nach Brandt/Ammon: *Die*

Linke und die nationale Frage, 1981).

Um die Zustimmung zur Idee eines wiedervereinigten kapitalistischen Deutschlands zu erhalten, muß Bonn die Russen, Polen und Franzosen überzeugen – und das ist kein leichtes Unterfangen –, daß ein solcher Staat im Herzen Europas keine militärische Bedrohung seiner Nachbarn darstellen, sondern sich wie eine Art gigantisches Österreich verhalten würde. Für den Fall, daß die jungen Anhänger Willy Brandts diesen Umstand nicht genügend berücksichtigen, erklärte ihnen dieser in seinem Essay über deutschen Patriotismus: „Da geht es auch um ein tiefes Mißtrauen – in Ost und West – gegen jenes Deutschland, das zweimal in einer Jahrhunderthälfte Europa mit Krieg überzogen hat...“ Es liegt im gegenwärtigen Interesse des deutschen Imperialismus, friedlich, fast pazifistisch zu *erscheinen*. Daher sind die alten Sozialdemokraten geneigt, die jugendlichen Anti-Atomraketen-Demonstranten bis zu einem gewissen Maß zu unterstützen.

Die Verbindung zwischen der „Friedens“-bewegung und dem sozialdemokratischen Nationalismus wird von Peter Brandt verkörpert, Sohn des SPD-Chefs und einflussreicher linksreformistischer Intellektueller. Brandt jr. schlägt in seinem Buch den Rückzug der fremden Truppen aus beiden deutschen Staaten vor, den Austritt beider Staaten aus ihren jeweiligen Bündnissen und die Umwandlung der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee „nach dem Vorbild rein territorialer Verteidigungsarmeen“. Deutlicher als die offiziellen SPD-Politiker verbindet Brandt jr. die Wiedervereinigung mit dem Aufbrechen des Sowjetblocks und der Schaffung eines von Deutschland dominierten Mitteleuropas:

„Die permanente Interventionsgefahr für ein Land wie Polen resultiert aus der ihm auferlegten Bündnisstruktur. Sie wäre erheblich gemindert, wenn es gelänge, eine Neutralitätszone in Mitteleuropa zu schaffen.“

Und Willy und Peter Brandt, die erste Familie der deutschen Sozialdemokratie, haben Freunde östlich der Elbe. Angeblich initiierte Peter Brandt im letzten November einen „Offenen Brief“ an Breschnjew, unterzeichnet vom führenden DDR-Dissidenten Robert Havemann, mit dem Aufruf zum „Abzug aller Besatzungstruppen aus beiden Teilen Deutschlands“. Etwa zur gleichen Zeit gab Havemann ein Interview, in dem er erneut bekräftigte, er halte die DDR für „das bessere“ Deutschland, weil das Privateigentum an Produktionsmitteln abgeschafft worden sei, nur um hinzuzufügen: „Aber ich bin auch bereit, die Wiedervereinigung in Kauf zu nehmen, wenn sie nicht so ganz nach meinen Wünschen gehen würde, wenn erst einmal eine Art bürgerlicher Demokratie mit vielen Parteien... ähnlich wie die Weimarer sich wieder entwickeln würde...“ (*Frankfurter Rundschau*, 10. Oktober 1981). Das liefe auf die Restauration des Kapitalismus in der DDR hinaus, auch das strategische Ziel sozialdemokratischer „Entspannungs“-politik.

Ostpolitik und deutscher Imperialismus

Der Glaube der westdeutschen Bourgeoisie, sie könne eines schönen Tages mit dem Kreml einen Handel über den Wiedererwerb Ostdeutschlands abschließen, ist keineswegs ein utopischer Wunschtraum. 1952 machte Stalin selbst in einem Versuch, in letzter Minute die Bundesrepublik vom Beitritt zur NATO abzuhalten, den Vorschlag eines wie-

Kontaktadressen

FRANKFURT:
Postfach 16 747
6000 Frankfurt/Main 1
Tel.: 0611/72 70 54

HAMBURG:
Postfach 11 22 31
2000 Hamburg 11
Tel.: 040/389 53 59

WESTBERLIN:
Postfach 11 06 47
1000 Berlin 11
Tel.: 030/882 11 75

SPARTAKIST 4
DM 2,-

Solidarność: Konterrevolutionärer Drang zur Macht gestoppt!

Wachst. 15. Dezember 1981

Solidarność: Im Dienst von CIA und Bankiers.	6	Spartacist League in Sri Lanka gegründet.	25
Afghanistan: Die SWP macht kehrt!	14	Blutende Iran/Trak	30
VS fordert Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan.	23	Nein zur NATO-Volksfront in Frankreich!	35
		LTF mobilisiert Gewerkschafter gegen Faschisten	39

DM 2,-

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Postscheckkonto Ffm 119 88 – 601
(Verlag Avantgarde GmbH)

dervereinigten, neutralen, *bürgerlich-demokratischen* Deutschlands. Der christdemokratische Kanzler Konrad Adenauer jedoch tat den Vorschlag als ein Manöver ab. Damals griff die SPD Adenauer heftig an, weil er die Aussicht auf die nationale Einheit Deutschlands weggeworfen habe, als er das sowjetische Angebot nicht annahm. Diese geschichtlichen Tatsachen sind in den heutigen sozialdemokratischen Kreisen wohl bekannt.

Brandts Ostpolitik der frühen siebziger Jahre erschien als Anerkennung der ständigen Teilung der deutschen Nation. In Wirklichkeit war es eine geschicktere Form der revanchistischen Ambitionen Bonn gegenüber dem Osten. An Stelle des lauten Säbelrasselns („die Politik der Stärke“) der Adenauerzeit sehen es die Sozialdemokraten darauf ab, die osteuropäischen stalinistisch beherrschten Staaten wirtschaftlich und politisch zu unterhöheln. Gemäß Brandts „Zwei-Säulen-Theorie“ war der wirtschaftliche „Brückenbau“ zum Osten ebenso wichtig bei der Befestigung der Entspannung wie die politischen Verträge.

Die Ostpolitik der SPD hat eine reale materielle Grundlage, oder vielmehr zwei verschiedene Grundlagen. Eine davon sind die Interessen und Mittel der deutschen Bankiers und Industriellen – und niemand sollte glauben, daß die expansionistischen Träume der deutschen herrschenden Klasse als Folge einer so geringfügigen Angelegenheit wie der Niederlage in zwei Weltkriegen verschwunden sind. Zweitens war die SPD historisch die nationale Partei in einem Land, in dem die bürgerlichen Parteien eine enge religiöse/regionale Wählerbasis hatten. Sozialdemokratische Sympathien halten sich hartnäckig in der DDR, wo viele die SPD als „demokratische“ Alternative zu ihrem eigenen stalinistischen Regime ansehen. Das zeigte sich bei dem begeisterten Empfang, der Willy Brandt bei seinem Besuch in Erfurt 1970 bereitet wurde.

Jedoch machte sich die tatsächliche Wirkung eines Jahrzehnts Ostpolitik nicht so sehr in Ostdeutschland als vielmehr in Polen bemerkbar. Eine wesentliche Ursache der polnischen Krise, die das Land an den Abgrund der Konterrevolution brachte, lag darin, daß die Stalinisten sich in ruinöser Weise der westdeutschen Hochfinanz verpfändeten. Offensichtlich dachten die Warschauer Bürokraten, sie hätten an der Dresdner Bank einen mächtigen Freund. Aber Bonns „weiche“ Linie gegenüber dem Gegenschlag am 13. Dezember sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Sozialdemokraten die antikommunistische Solidarność ebenso stark (wenn auch nicht ganz so geräuschvoll) unterstützten wie die Leute Reagans. Wenn Bonn sich nun Washingtons Ruf nach Handelssanktionen, diplomatischer Vergeltung usw. widersetzt, dann geschieht das nicht bloß aus beschränkten wirtschaftlichen Überlegungen. Die deutsche Bourgeoisie begreift vielmehr, daß eine Rückkehr zu den frostigen Beziehungen des Kalten Krieges der fünfziger Jahre ihren Einfluß im ganzen sowjetischen Raum schwächen würde. Die SPD und die Dresdner Bank haben eine Schlacht in Polen verloren, aber der Krieg geht weiter.

Deutscher Pazifismus: Avantgarde der imperialistischen Ostpolitik

Die Schlagzeilen heben Konflikte zwischen der Bonner Regierung und den Anti-Raketen-Demonstranten hervor: Schmidts Rücktrittsdrohungen, steinewerfende Jugendliche, die den „Kriegs-Kanzler“ angreifen. Doch im Grunde sind das nur

Unterschiede in der Betonung *innerhalb* der Sozialdemokratie. Es waren Sozialdemokraten, die die Antikriegsdemonstration vom 10. Oktober anführten, und es sind SPD-Organisationen, die nun gegen die Pershings stimmen. Die verschiedenen linken Gruppen sind die „besten Vertreter“ der nationalistisch-pazifistischen Bewegung geworden, die wiederum die Avantgarde der sozialdemokratischen Ostpolitik ist, das heißt der Pro-Entspannungs-Opposition gegen Reagans antisowjetische Kriegshetze. Und wie wir gezeigt haben, spiegelt die Ostpolitik der SPD strategische Interessen des deutschen Imperialismus wider. Heute gibt es in Westdeutschland eine verräterische nationale Front von der Dresdner Bank über Helmut Schmidt und Willy Brandt bis zur „Friedens“-bewegung, einschließlich ihrer linken Randbezirke.

Fast während der ganzen siebziger Jahre lebte die umfangreiche deutsche Neue Linke im maoistischen Milieu (den sogenannten „K-Gruppen“ oder der „ML-Szene“) weiter, das zu einer gewissen Zeit einige Zehntausende zählte. Aber als lautstarke Vaterlandsverteidiger gegen die „zwei Supermächte“, mit der UdSSR als Hauptfeind, fanden sie sich in einer zunehmend unpopulären Front mit Franz Josef Strauß und der extremen Rechten. Als die ehemaligen Neuen Linken scharenweise auszutreten begannen, lösten sich einige der größten maoistischen Gruppen einfach auf oder erlitten große Spaltungen; heute erwägen selbst die „kritischen“ Maoisten die Liquidation. Die meisten dieser Vaterlandsverteidiger sind seitdem in das amorphe sozialdemokratische Milieu abgewandert, verstreut in zahlreiche Öko-Gruppen und „alternative“ Listen, aber gegenwärtig konzentriert auf und um die „Friedens“-bewegung.

Nachdem die SPD nun anderthalb Jahrzehnte an der Regierung ist (wenngleich wahrscheinlich nicht mehr lange!) und sich einem scharfen wirtschaftlichen Abschwung in einer feindlichen internationalen Situation gegenüber sieht, ist eine beträchtliche linkssozialdemokratische Randgruppe entstanden, deren Funktion im wesentlichen darin besteht, von außen Druck auf Schmidt & Co. auszuüben. Deshalb konzentriert die pazifistische Bewegung (mit der Beteiligung fast der gesamten westdeutschen Linken) ihre Anti-Raketen-Proteste zur Zeit darauf, vor dem im April stattfindenden SPD-Parteitag in München zu demonstrieren. Zusätzlich zu den SPD-Prominenten Eppler und Albertz (und, etwas mehr im Hintergrund, Willy Brandt) schauen sie auf solche parteilosen sozialdemokratischen Parlamentarier wie Karl-Heinz Hansen und Manfred Coppik. Verschiedene linke Gruppen sind in diesem Milieu einfach untergetaucht, vor allem die GIM, deutsche Sektion von Ernest Mandels pseudotrotzkistischem Vereinigten Sekretariat, die sich nicht einmal die Mühe machte, am 10. Oktober unter eigenen Organisationsbannern zu demonstrieren. In dem Maße, in dem sie den SPD-„Linken“ hinterherlaufen, paßt sich ihr Gesicht zunehmend der sozialdemokratischen Maske an.

Dann gibt es da noch die Mao-Überbleibsel wie zum Beispiel die KPD, die sich immer noch als die besten Vaterlandsverteidiger anbieten, ein „neutrales Deutschland“, „BRD raus aus der NATO“ und „Abzug aller fremden Truppen aus Deutschland“ fordern. Aber es gibt auch ein Spektrum reformistischer Gruppen mit maoistischen Ursprüngen, die sich den Anschein geben, gegen Vaterlandsverteidigung zu sein. Der Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) fordert „Westdeutschland raus aus der NATO“ und eine neutrale Bundesrepublik, widersetzt sich jedoch der Forderung nach der Wiedervereinigung, weil das nur „den Weg ebnet für den westdeutschen Nationalismus“. Ostpolitik bedeutet „Erpressung der DDR“, sagt der BWK. Stattdessen ist er für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und das alte stalinistische Steckenpferd des „demokratischen Friedensvertrages“. Aber im Kampf gegen die deutsche imperialistische Bourgeoisie gibt es keine „demokratische Etappe“! Im Gegenteil, diese Politik leistet nur dem deutschen Nationalismus Vorschub. Und die NATO-Truppen – einschließlich der Bundeswehr, der zweitstärksten Streitkraft der NATO – werden erst durch die erfolgreiche proletarische Revolution in Deutschland zerschlagen.

Der Kommunistische Bund (KB) widersetzt sich ebenfalls der deutschen Wiedervereinigung, die er sich nur auf kapitalistischer Basis vorstellen kann, und verbreitet pazifistische Illusionen mit Forderungen nach einer „atomwaffenfreien Zone in Europa“ und der „Auflösung von NATO und Warschauer Pakt“. Der jüngste Zugang zur linkssozialdemokratischen Szene ist die Marxistische Gruppe (MG), deren Stärke kleinbürgerliche „Verweigerung“ ist („Reagan und Schmidt – Wir machen nicht mit!“). Andererseits organisierte die MG, während zehntausende Antikommunisten im letzten November gegen den Besuch des Sowjetführers Breschnjew in Bonn demonstrierten, eine Gegendemonstration unter der Losung „Leonid, was willst du hier? Die NATO plant den Krieg mit dir!“ Doch nirgends *verteidigt* die staatskapitalistische MG die Sowjetunion gegen die imperialistische Kriegshetze. In Wirklichkeit ist sie einfach radikaler Verteidiger der Entspannungspolitik.

Wie sehr sie sich auch bemühen mögen, eine „linke“ Haltung einzunehmen, so sind diese Gruppen – und besonders die MG – doch durch ihre Position als ein integraler Bestandteil der nationalistischen, sozialdemokratisch geführten „Friedens“-bewegung gekennzeichnet. Sie sind die handzahme Opposition von Eppler und Brandt. Und anders kann es auch gar nicht sein bei diesen Ex-Maoisten, die sich immer noch nicht mit ihrer antimarxistischen und grundsätzlich konterrevolutionären Position zur entscheidenden *russischen Frage* auseinandergesetzt haben. Gerade in Deutschland – das in zwei gegensätzliche Gesellschaftssysteme, einen kapitalistischen Staat und einen bürokratisch deformierten Arbeiterstaat geteilt ist – ist es nicht möglich, den Imperialismus zu bekämpfen, ohne die DDR und den Sowjetblock gegen Angriffe der NATO und die geschicktere wirtschaftliche und politische Unterminierung durch die westdeutsche Ostpolitik zu *verteidigen*. Nirgends zeigt sich das schärfer und klarer als heute an Polen.

Die polnische Frage, die deutsche und die russische sind unlösbar miteinander verbunden. Ein Sieg der konterrevolutionären Solidarność in Polen hätte unmittelbar die Wiedervereinigung Deutschlands auf kapitalistischer Basis (und übrigens sehr schnell einen nuklearen dritten Weltkrieg) nach sich gezogen. Wie steht also die westdeutsche Linke zu Polen? Die GIM ist natürlich für bedingungslose „Solidarität mit Solidarność“ und kritisiert sogar die imperialistische westdeutsche Regierung, weil sie nicht genügend zur Unterstützung von Lech Walesa und seinen Freunden tut. Die MG kritisiert in ihrem üblichen verschwommenen akademischen Kommentar die Unterstützung der NATO für Solidarność, aber sie kritisiert auch Jaruzelskis Gegenschlag gegen die Solidarność-Konterrevolution. Indessen kritisiert der KB die Führer von Solidarność, weil sie dem Antikommunismus Vorschub leisten, stellt die Dominanz der bürgerlichen Ideologie über die Bewegung fest ... aber widersetzt sich dem Gegenschlag im Namen der nationalen Souveränität Polens! Somit behauptet der KB, daß die nationale Souveränität höher steht als die Verteidigung der proletarischen Diktatur. Angewandt auf die deutsche Frage, zeigt sich hier die gleiche Methodologie wie beim Havemann-Brief. Zwar mag man den Sozialismus vorziehen,

doch im Grunde bedeutet das *kritische Unterstützung für die konterrevolutionäre Wiedervereinigung*.

Die Trotzlistische Liga Deutschlands (TLD), Sektion der internationalen Spartacist Tendenz, hat beständig für die Verteidigung der verbliebenen Errungenschaften der Oktoberrevolution gekämpft. „Nieder mit der NATO! Verteidigt die Sowjetunion!“ lauteten die Losungen der TLD am 10. Oktober. Als General Haig einen Monat zuvor die Mauer besichtigte und in der Frontstadt Westberlin sprach, propagierten wir „Die Verteidigung der UdSSR beginnt in Berlin!“ Und zu Polen sagte die iST klipp und klar: „Stoppt die Konterrevolution der Solidarność!“ Und weil wir Trotzlisten an unserer Verteidigung der Sowjetunion festgehalten haben, was den Aufruf zur politischen Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokraten, die diese Verteidigung durch ihre Entspannungssillusionen untergraben, einschließt, sind wir die einzigen mit einem Programm zur *revolutionären Wiedervereinigung Deutschlands* durch die sozialistische Revolution in der kapitalistischen Bundesrepublik und die proletarische politische Revolution in der DDR.

Für deutsche Revolutionäre bedeutet Antiimperialismus Opposition gegen den nationalistischen Revanchismus in sozialdemokratischer Färbung. Die antimarxistische Linke reiht sich entweder ein bei Schmidts imperialistischer Ostpolitik-Offensive zur Unterminierung der degenerierten/deformierten Arbeiterstaaten des Sowjetblocks, besonders mittels der nationalistischen „Friedens“-bewegung, oder sie widersetzen sich der Wiedervereinigung und überlassen somit die deutsche nationale Frage den Schmidts und Strauß. Was hätten BWK/KB/MG den ostdeutschen Arbeitern gesagt, die sich am 17. Juni 1953 gegen Ulbricht erhoben – keine Einheit mit dem westdeutschen Proletariat? Allein die Trotzlisten haben ein Programm, um das deutsche Proletariat für einen Kampf zu mobilisieren, der entscheidend ist für die Schmiedung der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Wie wir zur Zeit der wegen Afghanistan von Washington entfesselten Kalten-Kriegs-Offensive schrieben (*Spartakist*, September 1980):

„Heute sehen sich die arbeitenden Massen in Westdeutschland als potentiell hilflose Opfer des Konflikts zwischen den „Supermächten“. Das mächtige deutsche Proletariat hält jedoch sein Schicksal in seinen eigenen Händen. Die ökonomische Stärke West- und Ostdeutschlands zusammen genommen ist derart groß, daß eine revolutionäre Wiedervereinigung das Ende der Nachkriegsaufteilung Europas und ein Ende der globalen Polarisierung zwischen dem russischen Stalinismus und dem amerikanischen Imperialismus bedeuten würde. Eine proletarische Revolution in Westdeutschland könnte über die Mauer hinweg die politische Revolution in Ostdeutschland entzünden, ebenfalls zur politischen Revolution in der Sowjetunion wie auch zum Sturz des Kapitalismus im restlichen Westeuropa führen. Mehr noch als beispielsweise in Frankreich, Britannien oder Italien haben die Arbeiter in Westdeutschland die Macht, die Zukunft des Planeten zu bestimmen.“

Nach Workers Vanguard Nr. 299, 19. Februar 1982

WORKERS VANGUARD

Marxist Working-Class Biweekly of the Spartacist League/U.S.

– DM 45, – for 24 issues – AIRMAIL
– DM 8, – for 10 introductory issues – AIRMAIL

ORDER FROM/PAY TO:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1
Postcheckkonto Ffm 119 88 – 601
(Verlag Avantgarde GmbH)



- Ich bin an Veranstaltungen und Materialien der TLD interessiert.
- Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren des **Spartakist**. DM 1,- für Porto habe ich beigelegt.
- Ich möchte den **Spartakist** abonnieren. 8 Ausgaben – DM 8,50 einschließlich **Spartacist** (deutsche Ausgabe)

Name

Anschrift

Telefon

Einsenden an/überweisen auf Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1 Postcheckkonto 119 88-601 (Verlag Avantgarde GmbH)

SPARTAKIST

Für polnischen Trotzismus!

Polen: Was nun?

Mit dem Präventivschlag der polnischen Regierung am 13. Dezember wurde der konterrevolutionäre Griff von Solidarność zur Macht gestoppt. Vorher schien allgemeine Übereinstimmung darüber zu bestehen, daß die Ordnung nur durch ein militärisches Eingreifen der Russen wiederhergestellt werden könnte – und das bedeutete ein Blutbad. Nicht nur war es die polnische Armee, die die pro-westliche Solidarność unterdrückte, es gab dabei auch nur etwa ein Dutzend Tote.

Es gab wenig Blutvergießen, weil es wenig Widerstand gab. Die durch den klerikal-nationalistischen Fanatismus von Solidarność ergriffenen Arbeiter haben einen ernüchternden Schock bekommen. Viele fragen sich, was schief gelaufen ist, und haben jetzt ein offenes Ohr für neue Lösungen. Diese Situa-

Imperialisten trauern um konterrevolutionäre Solidarność

tion stellt eine entscheidende Gelegenheit dar, um die Grundlage einer trotzkistischen Partei in Polen zu schaffen, indem Untergrundzellen mit propagandistischem und erzieherischem Charakter aufgebaut werden.

Der Pentagon-Sprecher Richard Perle gab zu, „wir waren überrascht“, daß die polnische Regierung „Solidarität zerschlagen“ konnte. Alle Planspiele Washingtons, wie antikomunistische Raserei angesichts einer sowjetischen Invasion aufgepeitscht werden könnte, mußten umgeschrieben werden. Daher versuchen Reagans Leute seit dem 13. Dezember die Welt davon zu überzeugen, daß tatsächlich die Russen Polen übernommen haben. Bloß sehen sie aus wie Polen und reden auch polnisch. Frustriert darüber, kein russisches und polnisches Blut in den Straßen von Warschau und Gdansk fließen zu sehen, hat Reagan mit Wirtschaftssanktionen um sich geschlagen, sowohl gegen Polen als auch gegen die UdSSR.

Auch Helmut Schmidt wurde von der Aktion der polnischen Militärs überrascht – am Werbellinsee beim Treffen mit Erich Honecker. Doch trotz Hoffnungen auf die Zerstörung des polnischen Arbeiterstaats durch Solidarność war der Gegenputsch Jaruzelskis kein Grund für die deutsche Bourgeoisie, ihre Détente-Strategie der ökonomischen Durchdringung Osteuropas aufzugeben. Die verlorene Schlacht in Polen ist für die deutschen Imperialisten keinen Atomkrieg auf deutschem Boden wert, obwohl sie natürlich weidlich in Form von antikommunistischer Propaganda (Schmidt: „Mein Herz ist auf der Seite der polnischen Arbeiter“) ausgeschlachtet wird.

Nicht nur die Imperialisten waren überrascht über die schmähliche Niederlage ihrer polnischen gelben Gewerkschaft. So ging es auch den Polen... auf beiden Seiten. Ein Adjutant General Jaruzelskis sagte westlichen Journalisten beinahe triumphierend: „Ich bin sogar überrascht, daß es so leicht ging. Der radikale Flügel der Solidarität unterschätzte die Gefühle der schweigenden Mehrheit“ (New York Times, 6. Januar). Ein Solidarność-Sprecher sagte so ziemlich dasselbe, allerdings mit Schmerz:

„Wir glaubten immer, daß polnische Sol-



Polen heute: Eine entscheidende Gelegenheit für den Aufbau einer trotzkistischen Partei

daten nie auf polnische Arbeiter schießen würden – und das ist nach wie vor richtig, sie haben es tatsächlich nicht getan. Aber das Teuflische daran ist, daß sie es nicht müssen.“ (New York Times, 1. Januar)

Die westliche Bourgeoisie, die Solidarność als eine Erhebung der ganzen polnischen Nation glorifizierte, hat Schwierigkeiten, zu erklären, warum sie so leicht unterdrückt werden konnte. Nun weisen Journalisten darauf hin, daß die Führer von Solidarność zu vertrauensvoll waren, daß sie glaubten, die Regierung werde es niemals wagen, Gewalt gegen sie anzuwenden, und daher auch keine Gegenmaßnahmen vorbereiteten. Viele benahmten sich, als säßen sie bereits in den Regierungssesseln.

Doch der Größenwahn an der Spitze erklärt nicht die Passivität an der Basis. Einige westliche Journalisten schreiben diese der Furcht vor einem militärischen Eingreifen der Sowjetunion zu; andere sprechen von dem traditionellen Respekt der Polen für die Armee. Solche Erklärungen sind im besten Falle oberflächlich. Einige Tatsachen weisen darauf hin, daß die Welle der Unterstützung der Bevölkerung für Solidarność bereits vor dem 13. Dezember im Rückgang begriffen war. Die Leute hatten allmählich eingesehen, daß endlose Streiks und Demonstrationen die verzweifelten wirtschaftlichen Bedingungen nur verschlimmerten. Bei dem berühmten Treffen in Radom am 3. Dezember, wo die Führer von Solidarność den Sturz der Regierung planten, betonte Karol Modzelewski nachdrücklich:

„Die Gewerkschaft ist nicht stärker geworden; sie ist schwächer geworden, viel schwächer. Und alle Aktivisten sind sich darüber bewußt... Es gibt verschiedene Gründe dafür: Müdigkeit als ein Ergebnis der Krise, Müdigkeit, empfunden von Leuten, die am Ende einer Schlange warten. Manche Leute geben uns die Schuld an der Verlängerung dieses Zustands und wollen, daß wir zu einer Übereinkunft kommen.“ (Washington Post, 20. Dezember 1981)

Laut einer Kollegin, die nicht interniert wurde, sagte der prominente sozialdemokratische Dissident Jacek Kuron Anfang Dezember eine erfolgreiche Zerschlagung von Solidarność voraus:

„Die Menschen, sagte er, seien müde, sie sehnten sich nach Ruhe, und es werde gar nicht schwer sein, sie wirkungsvoll einzuschüchtern. Wörtlich: ‚Die Leute werden ein bißchen streiken und dann aufgeben.‘“ (Der Spiegel, 18. Januar)

Und genau das ist passiert.

Aber kann die Tatsache, daß Arbeiter – und noch nicht mal viele – ein wenig für Solidarność kämpften und dann aufgaben, einfach mit Müdigkeit nach 16 Monaten der Krise erklärt werden? Die öffentliche Reaktion auf die Enthüllung der Tonbänder von Radom durch die Regierung („Radomgate“) weist auf einen anderen wesentlichen Faktor hin. Die westlichen Journalisten stimmen alle überein, daß dies ein großer Propagandacoup des Jaruzelski-Regimes war. Viele Polen waren aufrichtig schockiert, als sie Walesa sagen hörten, „die Konfrontation ist unvermeidlich“, und „wir werden dieses System erledigen“. Und dann gab es den Solidarność-Kongreß vom letzten September mit seinen provokativen Resolutionen für „freie Wahlen“ und „freie Gewerkschaften“. Ein liberales Parteimitglied sagte, daß eine Militäroperation gegen Solidarność vor einem Jahr nicht geglückt wäre:

„Sechs Monate früher hätte ich selbst mein (Partei-) Buch zurückgegeben. Damals war es keineswegs offensichtlich, daß Solidarność sich für eine Konfrontation entschied. Nur die Verfechter einer harten Linie erwarteten das. Sie beharrten darauf, daß wir uns selbst täuschen würden. Es ist ein Jammer, daß sie in diesem Punkt bestätigt wurden. Sie sagten immer und immer wieder, ihr steht Leuten gegenüber, die den Sozialismus nicht reformieren wollen – die hassen den Sozialismus.“ (New York Times, 5. Januar)

Während sich Millionen um Solidarność als oppositionelle Bewegung schar-

ten, zogen viele ihre Unterstützung zurück, als es um den Griff nach der Macht ging. Sie hatten kein Vertrauen, daß Solidarność einen Ausweg aus der Krise bot. Die Organisation wurde zunehmend von Cliquen beherrscht und war instabil geworden. Sie war gespalten zwischen den sogenannten „Radikalen“, wie Rulewski und Bujak, die eine Konfrontation um jeden Preis wollten, und den Gemäßigten, wie Walesa und Kuron, die die Macht allmählich zu übernehmen hofften. Sie war ebenfalls gespalten zwischen den offenen Befürwortern einer kapitalistischen Restauration, wie der Konföderation für ein Unabhängiges Polen (KPN), und denjenigen, deren pro-imperialistischer Appetit sich hinter „Selbstverwaltungs“-Rhetorik versteckte. Millionen Polen müssen sich gefragt haben, ob eine Regierung Walesa, Rulewski & Co. die soziale Anarchie und den wirtschaftlichen Zusammenbruch nicht bloß verewigen und vertiefen würde.

Wenn eine gewisse Ernüchterung über Solidarność eingesetzt hat, so bleiben die arbeitenden Massen Polens nichtsdestoweniger zutiefst feindlich gegenüber der korrupten stalinistischen Bürokratie, die die Wirtschaft ruiniert hat. Und Jaruzelskis „Kriegsrecht“ kann die polnischen Arbeiter nicht dazu bringen, ihre Herrscher zu lieben. Obendrein wird Berichten zufolge sogar Moskau über die Armeeherrschaft in Polen allmählich etwas unruhig. Die New York Times (2. Januar) stellte fest:

„Der Kreml hat kein Geheimnis über sein Unbehagen gemacht, die tatsächliche Macht der Partei an einen Militärrat verloren zu haben, womit zum ersten Male ein osteuropäisches Land den kommunistischen Apparat beiseite räumen mußte.“

Bereits zur Zeit des Gegenschlags warteten wir vor der Gefahr des militärischen Bonapartismus. Das war einer der bedrohlichsten Aspekte der chinesischen „Kulturrevolution“, als Lin Biaos Volksbefreiungsarmee faktisch die Regierung des Landes übernahm. Damals wurde eine Nachfolgeklausel

Fortgesetzt auf Seite 4